

21.11.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/3800 und 16/4300 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Einzelplan 15 - Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Berichterstatlerin

Abgeordnete Heike Gebhard

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 15 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2013/Ausgegeben: 25.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 15 wurde vom

- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales Vorlage 16/1392
und vom
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation Vorlage 16/1393

beraten. Zu den Beratungen lag in Vorlage 16/1121 der Erläuterungsband zum Einzelplan 15 vor.

- a) Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat in seiner Sitzung am 13. November 2013 abschließend beraten und abgestimmt. Ein Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN wurde nicht zur Abstimmung gestellt. Der Einzelplan 15, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und PIRATEN-Fraktion unverändert angenommen.

- b) Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation hat seine Mitberatung am 13. November 2013 abgeschlossen. Zu den Beratungen des Fachausschusses lag eine Erläuterungshilfe zur Beilage 2 des Einzelplans 15 mit der Vorlage 16/1213 vor. Es lag zur abschließenden Beratung ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Dieser wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP einstimmig angenommen. Der Einzelplan 15 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – wurde anschließend mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion so verändert angenommen.

B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 15 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/1273.

C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratungen des Personaletats im Unterausschuss "Personal" ist der Vorlage 16/1370 zu entnehmen. Der Unterausschuss „Personal“ hat in seiner abschließenden Beratung am 19. November 2013 den personalrelevanten Teilen des Einzelplans 15 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN zugestimmt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2014 - Drucksache 16/4400 - dargestellt.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/4420 - zu entnehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. November 2013 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 15 befasst. In der abschließenden Sitzung lagen ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, drei Änderungsanträge der CDU-Fraktion sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN zur Abstimmung vor. Der Antrag der Koalitionsfraktionen wurde einstimmig angenommen, die übrigen Änderungsanträge mehrheitlich abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus dem Anhang.

D GesamtAbstimmung

In der GesamtAbstimmung wurde der so geänderte Entwurf des Einzelplans 15 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN-Fraktion angenommen.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: 1 Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN
3 Änderungsanträge der Fraktion der CDU
1 Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums
Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
1	CDU	<p>Kapitel 15 010 Ministerium Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table data-bbox="595 767 1509 903"> <tr> <td>2014</td> <td></td> <td>2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>9.302.400 Euro</td> <td>9.233.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.290.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.012.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Ministerien Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter sowie Arbeit, Soziales und Integration werden aufgrund ihrer Größe und Organisationsstruktur zusammengelegt. Im Folgenden kann ein Minister- und Staatssekretärsposten sowie die entsprechenden Büros eingespart werden.</p>	2014		2013	von	9.302.400 Euro	9.233.100 Euro	um	1.290.000 Euro		auf	8.012.400 Euro		<p>abgelehnt</p> <table data-bbox="1588 568 1845 730"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	9.302.400 Euro	9.233.100 Euro																							
um	1.290.000 Euro																								
auf	8.012.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
2	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 15 035 Emanzipation Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</p> <p>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von 15.681.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 16.081.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">15.681.200 Euro</td> </tr> </table> <p><u>Ergänzung der Erläuterungen:</u> 8. Zuschüsse für Maßnahmen der anonymen Spurensicherung im Falle von sexueller Gewalt. 400.000</p> <p>Begründung: Vergewaltigung, sex. Missbrauch und andere sexualisierte Gewalttaten bedeuten für die betroffenen Frauen einen massiven Angriff auf ihre körperliche und seelische Integrität, der oftmals mit einer schweren Traumatisierung verbunden ist. Da der Täter / die Täterin überwiegend aus dem sozialen Nahraum kommt, ist das Opfer häufig nicht in der Lage unmittelbar nach der Tat Anzeige zu erstatten. Für eine erfolgreiche, spätere Strafverfolgung ist jedoch die Sicherung der Tatspuren unabdingbar. Daher ist für der Möglichkeit der anonymen Spurensicherung die Begleitung und Unterstützung der Opfer zwingend geboten.</p>	2014	Ansatz lt. HH 2013	von 15.681.200 Euro		um 400.000 Euro		auf 16.081.200 Euro	15.681.200 Euro	<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>Votum des AFGE (13.11.2013) Vorlage 16/1393</p> <p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja	SPD	ja	CDU	Enthaltung	GRÜNE	ja	FDP	Enthaltung	PIRATEN	ja
2014	Ansatz lt. HH 2013																														
von 15.681.200 Euro																															
um 400.000 Euro																															
auf 16.081.200 Euro	15.681.200 Euro																														
SPD	ja																														
CDU	Enth.																														
GRÜNE	ja																														
FDP	Enth.																														
PIRATEN	ja																														
SPD	ja																														
CDU	Enthaltung																														
GRÜNE	ja																														
FDP	Enthaltung																														
PIRATEN	ja																														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
3	CDU	<p>Kapitel 15 035 Emanzipation Titelgruppe 62 Berufliche Gleichstellung, Potenzialentwicklung Titel 686 62 Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>5.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die in 2011 vorgenommenen Neuaufgabe der alten Regionalstellen Frau und Beruf sind das Abbild einer rückwärtsgewandten Politik. Es ist ein positives Signal, dass Rot-Grün diesen Fehler in 2013 eingestanden und die künftige Förderung von sich aus um 2 Mio. Euro reduziert hat. Weil die „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ kein neues Aufgabenspektrum bedienen, bleibt die hierfür noch verbleibende Förderung in Höhe von 3 Mio. Euro unbegründet. Diese ist als Festhalten an veralteten, längst abgeschafften Doppelstrukturen anzusehen.</p>	2014			2013	von	5.000.000 Euro		5.000.000 Euro	um	3.000.000 Euro			auf	2.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014			2013																										
von	5.000.000 Euro		5.000.000 Euro																										
um	3.000.000 Euro																												
auf	2.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
4	CDU	<p>Kapitel 15 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 80 Patientenbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von 400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Aufgaben eines Patientenbeauftragten werden umfänglich auf Bundesebene wahrgenommen. Auf Landesebene ist es im Hinblick auf die Konsolidierung des Haushaltes nicht gerechtfertigt, Landesmittel für die gleiche Tätigkeit einzustellen.</p>	2014						von 400.000	Euro		400.000	Euro		um 400.000	Euro					auf 0	Euro					<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2014																																					
von 400.000	Euro		400.000	Euro																																	
um 400.000	Euro																																				
auf 0	Euro																																				
SPD	nein																																				
CDU	ja																																				
GRÜNE	nein																																				
FDP	ja																																				
PIRATEN	Enth.																																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
5	PIRATEN	<p>Kapitel 15 260 Titel 61 Titelbezeichnung Zentrale Stelle Gesunde Kindheit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2014 von 800.400 Euro um 800.400 Euro auf Euro</p> <p>Begründung: Die beim Landeszentrum für Gesundheit (LZG) eingerichtete „Zentrale Stelle Gesunde Kindheit“ setzt die „Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen“ um, deren Ziel es ist, vermehrt zu einer Aufdeckung von Kindeswohlgefährdung beizutragen. Diese Maßnahme hat nicht zu einer vermehrten Aufdeckung von Kindeswohlgefährdung geführt. Ein vermuteter Nebeneffekt dieser Maßnahme ist der Anstieg der Teilnahmequote an der U-Untersuchung. Allerdings hat sich die Teilnahmequote an der U-Untersuchung in anderen Bundesländern im gleichen Zeitraum auch erhöht - ohne vergleichbare Verordnungsmaßnahme. Aus Sicht der Piratenfraktion ist daher die Streichung der Titelgruppe 61 erforderlich. Die frei werdenden Mittel sollen an anderer Stelle in den Kinderschutz investiert werden. Aufklärungsmaßnahmen oder Serviceleistungen der Krankenkassen sind einzufordern und die Jugendhilfe bei der Aufdeckung von Kindeswohlgefährdung gezielt zu fördern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p> <p>ohne Votum: nur nachrichtlich vorgelegt im mitberatenden AGS (13.11.2013 Vorlage 16/1392)</p>

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2014

Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: Ergänzung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
15 035	Emanzipation			
TG 61	Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen			
684 61	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	15.681.200	400.000	16.081.200
	<u>Abschluss Einzelplan 15:</u>			
	Einnahmen:	224.347.700	unverändert	224.347.700
	Ausgaben:	992.858.500	400.000	993.258.500
	Verpflichtungsermächtigungen:	134.483.000	unverändert	134.483.000